

Stadt Heidelberg  
Dezernat IV, Bürgeramt

**Baumfällaktion in der Bahnhofstraße am  
06.11.2008  
hier: Aufklärung über Polizeieinsatz**

## Informationsvorlage

**Beschlusslauf**

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien  
beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 06. Februar 2009

| Beratungsfolge             | Sitzungstermin | Behandlung | Kenntnis genommen                                   | Handzeichen |
|----------------------------|----------------|------------|---|-------------|
| Haupt- und Finanzausschuss | 21.01.2009     | Ö          | <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein |             |
| Gemeinderat                | 05.02.2009     | Ö          | <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein |             |

**Inhalt der Information:**

*Der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen die Information über den Verlauf des Polizeieinsatzes am 06.11.2008 im Rahmen der Baumfällaktion in der Bahnhofstraße zur Kenntnis.*

## **Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.01.2009**

**Ergebnis:** Kenntnis genommen

## **Sitzung des Gemeinderates vom 05.02.2009**

**Ergebnis:** Kenntnis genommen

## **I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg**

Im Hinblick auf die Zielsetzungen des Stadtentwicklungsplanes/der Lokalen Agenda nicht von Bedeutung.



## **II. Begründung:**

Im Rahmen der städtebaulichen Maßnahme Abriss des Finanzamtes und Abriss der Gerichtsgebäude wurde eine Neuplanung des Geländes zwischen der Kurfürstenanlage und der Bahnhofstraße notwendig.

Dies bedeutete, dass die dort stehenden Bäume trotz Prüfung aller Möglichkeiten, wie sie möglichst erhalten werden können, im Rahmen der damit verbundenen Tiefbauarbeiten gefällt werden mussten (Probleme mit der Verlegung von Versorgungsleitungen aller Art). Die Baumfällaktion wurde dann zusammen mit den entsprechenden Fachfirmen auf den 06.11.2008 terminiert.

Nach den massiven Protesten im Vorfeld stand zu erwarten, dass die Baumfällarbeiten nicht ohne weitere Proteste und Behinderungen würden durchgeführt werden können. Aus diesem Grund waren an diesem Tag bereits ab 05.30 Uhr Mitarbeiter des Bürgeramtes der Stadt Heidelberg zusammen mit den Kollegen des Polizeivollzugsdienstes vor Ort.

Die Sägearbeiten begannen kurz nach 06.00 Uhr. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich ca. 10 Personen am Bauzaun in der Nähe der Einmündung Landhausstraße.

Es wurde vorab versucht, mit diesen Personen durch Mitarbeiter des Bürgeramtes Gespräche zu führen mit der Intention, den friedlichen Protest zuzulassen, aber die Arbeiten nicht zu behindern. Unmissverständlich erklärten sich dabei zwei Personen dahingehend, dass sie nicht an einem friedlichen Protest interessiert seien, sondern dass sie es zum Schutz der Bäume auch auf die Konfrontation mit dem Polizeivollzugsdienst ankommen lassen wollen.

Nachdem sämtliche Versuche und Bitten, sich vom Bauzaun zu entfernen, gescheitert waren, wurden polizeiliche Zwangsmaßnahmen eingeleitet, die darin bestanden, diese Personen vom Bauzaun wegzuziehen. Zu einem späteren Zeitraum mussten dann im Bereich der Kleinschmidtstraße einige Personen, die sich am Baum auf den Boden legten, weggetragen werden. Auch dieser Einsatz war den Umständen entsprechend erforderlich; es wurden auch hierbei die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und des geringst möglichen Eingriffs stets gewahrt.

Allerdings war das äußerst aggressive Verhalten einiger Gegner der Fällaktion nicht tolerierbar, da diese die Polizeibeamten, die den Gefahrenbereich der Fällaktion abzusichern hatten sowohl verbal, als auch körperlich attackierten. Es kam dabei sogar zu Angriffen, in denen ein Demonstrant mit Fäusten auf einen Polizeibeamten eingeschlagen hat. Ebenso beschimpften zahlreiche Demonstranten die Polizeibeamten und die Vertreter der Stadt Heidelberg in dem sie Ihnen Handlungsweisen des Naziregimes im Dritten Reich unterstellten.

Trotz all dieser an den Tag gelegten Verhaltensweisen und Übergriffe eines Teils der Demonstranten blieben die eingesetzten Polizeibeamten besonnen und zurückhaltend.

Abschließend ist festzustellen, dass der Einsatz zur Durchsetzung des Gemeinderatsbeschlusses leider notwendig und das Eingreifen der Polizeibeamten zu jeder Zeit der Situation angemessen war.

gez.  
In Vertretung

Bernd Stadel